

Antrag Nr. 11

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 180. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 18. Juni 2026

Für eine sozial verträgliche Budgetkonsolidierung unter Berücksichtigung ökologischer und klimaschützender Aspekte

Mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen gelang es der Bundesregierung, die aus dem Ruder gelaufene öffentliche Neuverschuldung 2025 einzudämmen. Mittelfristig bleibt sie ohne weitere Maßnahmen allerdings immer noch zu hoch. Zu schwer wiegen die Fehler der Vorgängerregierung in Form von nicht gegenfinanzierten dauerhaften Steuer- und Abgabensenkungen und Transfers zur Linderung der Inflation anstelle direkter Preiseingriffe.

Hinzu kamen die schrumpfende Wirtschaft und die steigende Inflation auf Grund des Iran-Konflikts, die die öffentlichen Einnahmen bremsten und die Ausgaben steigen ließen. Die Regierung will angesichts geopolitischer Risiken an ihrem Plan festhalten, Mittel für die Aufrüstung locker zu machen.

Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist mittelfristig notwendig, doch darf sie nicht bedingungslos erfolgen. Insbesondere muss gewährleistet werden, dass sie sozial verträglich, geschlechtergerecht und ökonomisch vernünftig erfolgt: würde sie die wirtschaftliche Erholung und die Beschäftigung merkbar schwächen, würde das Budgetdefizit am Ende des Tages erst recht wieder erhöhen.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeiterkammer fordert daher folgende Punkte bei der Budgetpolitik zu berücksichtigen. Sie muss:

- mittelfristig orientiert & hauptsächlich von Beschäftigungszuwachs getragen werden
- die negative Wirkung auf Konjunktur, Beschäftigung, Verteilung und Klimaschutz möglichst vermeiden, indem überwiegend auf der Einnahmenseite angesetzt wird
- Sorge tragen, dass es durch die Budgetkonsolidierung zu keiner Vergrößerung des Gendergaps kommt, also zu keiner Verschlechterung bei der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Die Instrumente des Gender Budgetings sind im Prozess der Budgeterstellung und der Behandlung im Parlament umfassend anzuwenden, um dem Verfassungsziel der tatsächlichen Gleichstellung näher zu kommen.
- fair sein und von jenen Gruppen einen stärkeren Beitrag einfordern, die diesen eher schultern können (Vermögende, Unternehmen mit Krisengewinnen, ...) durch Erbschaftssteuer für Millionär:innen, Bankenabgabe, etc.
- Kürzungen bei den Staatsausgaben vermeiden, die negative Effekte auf Investitionen und Beschäftigung nach sich ziehen. Stattdessen:
 - Reformprojekte für effizienter und effektiver erbrachte öffentliche Leistungen
 - überprüfen, was auch mit Regulierung statt mit Förderungen gesteuert werden kann



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- gewährleisten, dass steigende Rüstungsausgaben nicht zulasten der sozialen Sicherheit gehen:
Kurzfristig ist der Budgetpfad EU-konform zu lockern, mittelfristig durch eine Vermögenssteuer für Millionär:innen zu finanzieren.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich